

# SCHWYZER FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!

## 10-Mio.-Schweiz: Negative Folgen für den Kanton Schwyz

Der Kanton Schwyz bliebe von den negativen Folgen einer möglichen Annahme der SVP-Initiative nicht verschont. Nico Lalli erläutert, warum auch der Kanton Schwyz von der Zuwanderung profitiert hat und dass eine Deckelung der Bevölkerungszahl keine Lösungen, sondern neue Probleme schaffen würde. **Seite 3**

## Delegiertenversammlung in Buttikon

An der Delegiertenversammlung der FDP Schwyz diskutierten die Delegierten in der Glasmanufaktur Buttikon über die Abstimmungsvorlagen vom 14. Juni 2026 und beschlossen ihre Parolen. **Seite 4–5**

## Aus dem Kantonsrat

Die Kantonsräte Thomas Grieder und Reto Keller informieren in ihren Beiträgen über aktuelle Geschäfte im Kantonsrat und ihren Einsatz für einen liberalen, erfolgreichen und entwicklungsfähigen Kanton Schwyz. **Seite 6–7**

## Neuer Präsident der Jungfreisinnigen: Interview mit Niklaus Schwerzmann

Der neu gewählte Präsident der Jungfreisinnigen des Kantons Schwyz, Niklaus Schwerzmann, erläutert im Interview mit Nico Lalli, warum er sich mit Überzeugung für den Jungfreisinn und die liberalen Werte im Kanton Schwyz einsetzt und welche Ziele er verfolgt. **Seite 9–10**



Erfolgreiche  
Kommunalwahlen für  
die FDP.Die Liberalen

## Erfolgreiche Gemeindewahlen für die FDP im Kanton Schwyz

Kandidatinnen und Kandidaten der FDP.Die Liberalen konnten anlässlich der Kommunalwahlen vom 19. April 2026 einen Wahlerfolg erzielen und wichtige Ämter in den Gemeinden neu besetzen oder halten. **Seite 11**



### Liebe Freisinnige

Der Abstimmungssonntag vom 8. März markiert einen wichtigen Moment für die Schweiz – und für uns Freisinnige. Zwei wichtige Vorlagen haben die Bürgerinnen und Bürger im Sinne einer verantwortungsvollen, zukunftsgerichteten Politik entschieden.

### Heiratsstrafe abgeschafft

Mit der Abschaffung der Heiratsstrafe wird ein jahrzehntelanges Anliegen endlich Realität. Das neue Gesetz beseitigt dieses Unrecht und entlastet vor allem den Mittelstand. Arbeit lohnt sich künftig für alle stärker. Es steht der Mitte natürlich frei, diesen Fortschritt nicht anzuerkennen und dennoch an ihrer Initiative festzuhalten – über ein solches Demokratieverständnis wird im Abstimmungskampf zu diskutieren sein.

### Neuer Schuldenfonds erfolgreich abgewehrt

Ebenso deutlich haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den sogenannten Klimafonds abgelehnt. Sie haben erkannt, dass ein milliardenschwerer Schuldenfonds, der an der Schuldenbremse vorbeikonstruiert ist und ohne klare Finanzierung auskommt, keine nachhaltige Klimapolitik garantiert. Verantwortung für Umwelt und Finanzen gehört zusammen – genau dafür steht der Freisinn.

So erfreulich diese Ergebnisse sind, so sehr betrübt uns der Blick auf die geopolitische Lage

und die aktuellen Herausforderungen für unser Land. Die Welt ist unsicherer geworden, und sicherheitspolitische, wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Fragen drängen sich mit neuer Wucht auf. Umso unverständlicher ist es, dass Teile der Schweizer Politik notwendige Antworten verweigern.

### NEIN zur Chaos-Initiative

Die sogenannte Chaos-Initiative ist ein Paradebeispiel: Sie löst kein Problem, schafft aber viele neue, gefährdet stabile Beziehungen, verlässliche Regeln und eine pragmatische Steuerung der Zuwanderung.

- › Wegfall der Personenfreizügigkeit: Der Zugang zu dringend benötigten Fachkräften würde erschwert. Gesundheitswesen, Tourismus und Landwirtschaft brauchen aber gut ausgebildete Arbeitskräfte.
- › Ende des Zugangs zum Schengen-System: Ohne Datenaustausch droht die Schwächung von Grenzkontrollen und Kriminalitätsbekämpfung.
- › Stillstand des Dublin-Abkommens: Hunderttausende in der EU abgewiesene Wirtschaftsmigranten könnten in der Schweiz erneut in Zweitgesuch stellen.

### JA zum Zivildienstgesetz

Gleichzeitig gilt es beim revidierten Zivildienstgesetz die Funktionsfähigkeit unserer Milizarmee zu sichern. Der Zivildienst darf kein Aus-

weichgefäss sein, das systematisch personelle Lücken in der Armee reisst. Ein Ja zum Gesetz bedeutet, Verantwortung für unsere Sicherheit zu übernehmen und die Balance zwischen Armee und Zivildienst wiederherzustellen. Die weitere Aushöhlung der Armeebestände muss ein Ende haben.

### Verantwortung wahrnehmen, Blockaden überwinden

Auch bei der Finanzierung der Armee erleben wir Blockaden, die den Dringlichkeiten, die sich unserem Land aktuell stellen, nicht gerecht werden. Wer hier einfach nach neuen Steuern und Abgaben ruft, rüttelt am Fundament des liberalen Erfolgsmodells. Es braucht jetzt Entschlossenheit und den Willen, Verantwortung zu übernehmen und die Prioritäten an den geopolitischen Notwendigkeiten auszurichten. Die Schweiz kann es sich nicht leisten, in entscheidenden Fragen stillzustehen und das Portemonnaie der Bevölkerung im Dreimonatsrhythmus zu belasten. Es muss ein Ruck durch die Politik gehen – im Interesse unseres Landes, unserer Sicherheit und unseres Wohlstands.

**Susanne Vincenz-Stauffacher,**  
Co-Parteipräsidentin und Nationalrätin

**Benjamin Mühlemann,**  
Co-Parteipräsident und Ständerat



## Warum die 10-Millionen-Initiative dem Kanton Schwyz schadet

Die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» verspricht Entlastung, bringt Schwyz aber vor allem neue Risiken, raschere Überalterung, mehr Arbeitskräftemangel und Nachteile für Wohlstand und Standortattraktivität. Statt einer starren Bevölkerungsbremse braucht Schwyz aktives Wachstumsmanagement: vorausschauende Raumplanung, Infrastruktur und gute Rahmenbedingungen.

Wachstum ist die Grundlage unseres Erfolgs. Mit dem Bevölkerungswachstum ging auch eine gute wirtschaftliche Entwicklung einher: Erfolgreiche Unternehmen schufen wertschöpfungsstarke Arbeitsplätze, steigende Steuereinnahmen sorgten für gesunde Kantonsfinanzen und ermöglichten funktionierende Gemeinden, eine verlässliche Gesundheitsversorgung und eine hohe Lebensqualität. Doch Wachstum fällt

nicht vom Himmel, das zeigt ein Blick zurück. Die Schweiz war immer dann besonders erfolgreich, wenn sie offen war: offen für Handel, offen für Innovation und offen für Menschen, die hier arbeiten, investieren, Unternehmen gründen, Steuern zahlen und Verantwortung übernehmen.

Darum setzt die 10-Millionen-Initiative am falschen Ort an. Sie will Wachstum und Bevöl-

kerungsentwicklung mit starren Vorgaben begrenzen und nimmt wirtschaftliche Schäden sowie politische Unsicherheit in Kauf – bis hin zur Gefährdung der Bilateralen. Für Schwyz, das von Dynamik und Verlässlichkeit lebt, wäre das der falsche Weg.

### Nicht Zuwanderung ist das Problem – sondern die Alterung

Oft wird behauptet, Zuwanderung schwäche das BIP pro Kopf, weil sie nur Wachstum «in die Breite» bringe. Diese Sicht greift zu kurz. Der entscheidende Punkt ist ein anderer: Die Schweiz wird älter. Immer mehr Menschen gehen in Pension, während weniger Erwerbstätige nachrücken. Im Kanton Schwyz kamen 2004 rund 21 Personen über 64 Jahre auf 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren. 2025 waren

es bereits 34. Anders gesagt: Früher standen knapp fünf Personen im Erwerbsalter einer Person im Rentenalter gegenüber. Heute sind es nur noch drei. Bis 2050 könnten es weniger als zwei Personen im Erwerbsalter pro Person im Rentenalter sein.

Wenn der Anteil der Pensionierten steigt, sinkt der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung. Bei gleicher Produktivität drückt das auf das BIP pro Kopf. Ohne Zuwanderung und ohne Produktivitätsgewinne würde sich dieses Problem verschärfen.

Wie konkret dieses Risiko ist, zeigt Oberberg: Der «Bote der Urschweiz» berichtete am 9. April 2026, dass an der Gemeindeversammlung vor Abwanderung und Überalterung gewarnt wurde. Wenn junge Menschen wegziehen, geraten Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, Vereine, Betriebe und Gemeindefinanzen unter Druck. Das ist Realität in unseren Gemeinden.

Zuwanderung ist deshalb nicht die Ursache dieser Entwicklung, sondern Teil der Lösung. Sie stabilisiert den Arbeitsmarkt, verjüngt die Bevölkerung und hilft, Sozialwerke, Pflege, Gesundheit und öffentliche Infrastruktur zu finanzieren.

## Schwyz hat von Offenheit profitiert

Schwyz ist kein Raum unter einer Käseglocke. Unser Kanton lebt stark von wirtschaftlicher Dynamik, Standortattraktivität und seiner Einbindung an die Schweiz und Europa. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit hat Schwyz stark profitiert. Die Bevölkerung ist seit 2004 um rund 26 Prozent gewachsen. Gleichzeitig sank die Steuerbelastung deutlich: Der höchste Gesamtsteuerfuss einer Schwyzer Gemeinde (ohne Kultussteuer) lag 2004 bei 430 Prozentpunkten. 2026 bei 305 Prozentpunkten, eine Reduktion um 25 %. Diese Steuersenkungen auf Stufe Kanton und Gemeinden waren möglich, obwohl das Nettovermögen des Kantons zugleich von rund 6 Millionen Franken im Jahr 2004 auf rund 875 Millionen Franken im Jahr 2024 angestiegen ist.

Das zeigt: Zuwanderung und Personenfreizügigkeit sind für Schwyz eine Erfolgsgeschichte. Wer hier wohnt und arbeitet, konsumiert, zahlt Steuern, finanziert Sozialwerke mit und trägt zur Wertschöpfung bei. Gerade ländliche Gebiete brauchen Familien, Berufsleute, Lernende, Pflegekräfte, Handwerker, Serviceangestellte, Unternehmerinnen und Steuerzahler. Ohne Zuwanderung würden viele Gemeinden schneller überaltern und an wirtschaftlicher Kraft verlieren.

## Betroffen wären Bauernhöfe, Hotels, Pflege und KMU

Die Bedeutung der Zuwanderung zeigt sich auf dem Arbeitsmarkt. Im Kanton Schwyz starke Branchen wie Landwirtschaft, Tourismus, Bau, Gastronomie, Pflege, Gewerbe und viele Dienstleistungsbetriebe sind auf Arbeitskräfte angewiesen. Ohne Zuwanderung liessen sich diese kaum mehr ersetzen, das wissen alle, die im Winter unsere Skipisten nutzen, die Grosseltern im Altersheim besuchen oder ihr Haus umbauen. Wer Zuwanderung pauschal deckeln will, trifft nicht irgendeine Statistik, sondern Schwyzer Bauernhöfe, Hotels, Restaurants, Bergbahnen, Pflegeinstitutionen und KMU.

Die Folgen wären gravierend. Gerade kleine und mittlere Unternehmen können fehlendes Personal nicht einfach kompensieren. Fehlen Arbeitskräfte, können Aufträge nicht mehr angenommen werden, Öffnungszeiten werden kürzer, Investitionen riskanter und Dienstleistungen teurer. Am Ende zahlen Bevölkerung und Betriebe den Preis.

## Die Initiative löst keine Wohnungs- und Verkehrsprobleme

Natürlich bringt Wachstum Herausforderungen mit sich. Wohnraum ist knapp. Der Verkehr nimmt zu. Infrastruktur und Raumplanung müssen mithalten. Die Landschaft verdient Schutz. Diese Anliegen sind real. Aber eine starre Bevölkerungsbremse baut keine Wohnungen, saniert keine Strassen, schafft keine Pflegeplätze und verbessert keine Raumplanung. Sie ersetzt Lösungen durch Symbolpolitik. Die Schweiz hat Wachstum nie durch Abschottung bewältigt, sondern durch Gestaltung: mit Infrastruktur, Wohnungsbau, Verkehrsplanung, Bildung, Berufsbildung, Integration und guter Raumplanung. Zwischen 1950 und 1970 wuchs die Schweiz in absoluten Zahlen fast gleich stark wie zwischen 2004 und 2024: je rund 1,5 Millionen Menschen. Prozentual war das Wachstum damals stärker: plus 32 Prozent gegenüber plus 20 Prozent. Entscheidend war, dass Raumplanung und Infrastruktur mithielten. Strassen, Schulen, Energieinfrastrukturen und Wohnraum wurden auf die erwartete Bevölkerung ausgerichtet. Davon profitieren wir bis heute.

## Management statt Käseglocke

Die richtige Antwort auf Bevölkerungswachstum ist daher nicht Abschottung, sondern verantwortungsbewusstes Management. Das bedeutet: Zuwanderung dort ermöglichen, wo

sie gebraucht wird. Integration einfordern und fördern. Infrastruktur vorausschauend planen. Wohnraum schaffen. Bildung und Berufsbildung stärken. Und die Standortqualität des Kantons Schwyz sichern. Unser Kanton lebt von Vertrauen, Stabilität und Verlässlichkeit. Unternehmen, Investoren, Stiftungen und Fachkräfte entscheiden sich für Standorte, die gute Rahmenbedingungen bieten und Probleme pragmatisch lösen. Eine starre Begrenzungsinitiative sendet das gegenteilige Signal. Sie schafft Unsicherheit statt Planungssicherheit.

## Fazit: Nein zu einer schädlichen Initiative

Der Kanton Schwyz war in den letzten zwanzig Jahren nicht trotz Offenheit und Zuwanderung erfolgreich, sondern auch wegen ihr. Seit 2004 sind Bevölkerung und Wirtschaft gewachsen, die Steuerbelastung ist gesunken und das Nettovermögen massiv gestiegen. Dieses Erfolgsmodell beruht auf Dynamik, verlässlichen Rahmenbedingungen, genügend Arbeitskräften und einer breiten Steuerbasis. Eine Annahme der 10-Millionen-Initiative würde genau diese Grundlagen schwächen: Sie erschwert die Rekrutierung von Arbeits- und Fachkräften, bremst die wirtschaftliche Entwicklung und beschleunigt die Überalterung – mit Folgen für KMU, Pflege, Gesundheitsversorgung, Gemeinden, Schulen, Vereine und Kantonsfinanzen.

Ich will keinen Kanton, der sich unter eine Käseglocke stellt und damit seine eigene Stärke aufs Spiel setzt. Schwyz braucht Lösungen für Wohnraum, Verkehr, Infrastruktur und Raumplanung – aber keine starre Bevölkerungsbremse, die die falschen Probleme bekämpft und die demografischen Risiken verschärft. Wer den Schwyzer Wohlstand sichern will, muss das Erfolgsmodell weiterentwickeln statt gefährden. Deshalb stimme ich aus Überzeugung Nein zur 10-Millionen-Initiative.



**Nico Lalli,**  
Geschäftsleitungsmitglied

# Die Delegierten der FDP Kanton Schwyz sagen klar Nein zur «Chaos-Initiative»

## FDP Schwyz fasst klare Parolen

Die FDP Kanton Schwyz hat an ihrer General- und Delegiertenversammlung vom 14. April in der Glasmanufaktur Buttikon AG in Reichenburg die Weichen für den Abstimmungssonntag vom 14. Juni 2026 gestellt. Unter der Leitung von Kantonalpräsident Urs Rhyner fassten die Delegierten die Parolen zu zwei eidgenössischen Vorlagen und zu einer kantonalen Initiative. Das Resultat fiel deutlich aus: Nein zur «Keine 10-Millionen-Schweiz!»-Initiative, Ja zur Revision des Zivildienstgesetzes und Nein zur kantonalen SP-Prämieninitiative.

Nach der Begrüssung durch Urs Rhyner richtete Mark Steiner, FDP-Gemeinderat Reichenburg, ein Grusswort an die Versammlung. Gastgeber Marcel Müller, Miteigentümer der Glasmanufaktur Buttikon AG, hiess die Delegierten willkommen. Anschliessend standen die politischen Geschäfte im Zentrum.

### Nein zur «Chaos-Initiative»

Ständerätin Petra Gössi präsentierte die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!», welche die FDP als «Chaos-Initiative» bezeichnet. Die Delegierten anerkannten, dass das Bevölkerungswachstum Herausforderungen mit sich bringt. Eine starre Bevölkerungsober-

grenze sei jedoch der falsche Weg. Sie schaffe Unsicherheit, gefährde die bilateralen Beziehungen zur EU und stelle zentrale Erfolgsfaktoren der Schweiz infrage. Entsprechend klar fiel das Verdikt aus: Mit 50 Nein zu 5 Ja bei 3 Enthaltungen beschlossen die Delegierten die Nein-Parole.

### Ja zu einer starken Sicherheitspolitik

Auch zur Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst fiel der Entscheid deutlich aus. Nationalrat Heinz Theiler stellte die Vorlage vor. Für die FDP ist klar: Eine einsatzfähige Armee und ein starker Zivilschutz sind Grundlagen für Sicherheit und Stabilität. Die Revision korrigiert Fehlanreize, stellt den Militär- oder Schutzdienst wieder als Normalfall ins Zentrum und belässt den Zivildienst als begründete Ausnahme für Personen mit echtem Gewissenskonflikt. Die Delegierten fassten mit 57 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung und ohne Gegenstimme die Ja-Parole.

### Nein zur kantonalen SP-Prämieninitiative

Auf kantonaler Ebene befasste sich die Versammlung mit der SP-Initiative «Kaufkraft stärken – Prämienverbilligung auch für den Mittelstand». Fraktionspräsident Sepp Marty zeigte auf, weshalb die Vorlage aus Sicht der FDP am Ziel vorbeischießt. Der Kanton Schwyz erhöht die Beiträge an die Prämienverbilligung aufgrund neuer Bundesvorgaben bereits um über 17 Millionen Franken pro Jahr; künftig fließen mehr als 110 Millionen Franken jährlich in die Entlastung der Versicherten. Ein weiterer Ausbau wäre teuer, bürokratisch und würde letztlich auch den Mittelstand über zusätzliche Steuern belasten. Statt mehr Umverteilung brauche es Massnahmen gegen die eigentlichen Kostentreiber im Gesundheitswesen. Die Delegierten lehnten die Initiative einstimmig mit 58 Nein-Stimmen ab.



Der Gastgeber und die Referenten des Abends von links: Urs Rhyner, Kantonalpräsident FDP, Sepp Marty, Fraktionspräsident, Ständerätin Petra Gössi, Nationalrat Heinz Theiler, Marcel Müller, Miteigentümer Glasmanufaktur Buttikon AG

# Schwyz

## Wahlen und ordentliche Geschäfte

Neben den Parolen behandelte die Generalversammlung die ordentlichen Geschäfte. Jahresrechnung 2025 und Budget 2026 wurden genehmigt. Kantonalpräsident Urs Rhyner und die übrigen zur Wahl stehenden Mitglieder der Geschäftsleitung wurden einstimmig wiedergewählt. Auch die Revisoren und die Ersatzrevi-

sorin erhielten das Vertrauen der Versammlung. Zudem wurden einzelne Mandate bei den eidgenössischen Delegierten neu besetzt: Niklaus Schwerzmann, Immensee, wurde als eidgenössischer Delegierter gewählt; Susanne Richard, Gersau, und Lea Zihlmann Geisser, Steinen, als eidgenössische Ersatzdelegierte.

## Für einen offenen, liberalen und sicheren Kanton Schwyz

Die Versammlung in Reichenburg zeigte eine geschlossene FDP: offen für eine Fortführung des Schweizer und Schwyzer Erfolgsmodells ohne starre Bevölkerungsobergrenze, konsequent in der Sicherheitspolitik und verantwortungsvoll in der Finanz- und Gesundheitspolitik.



Die Delegierten schreiten zur Abstimmung.



Glasmanufaktur Buttikon, Copyright: Glasmanufaktur Buttikon

## AGENDA

- **27. Mai 2026**  
Gewerbetag und Delegiertenversammlung KSGV
  - **28. Mai 2026**  
Ortsparteipräsidentenkonferenz Ausserschwyz und Mitte
  - **11. Juni 2026**  
Generalversammlung Freunde der FDP
  - **14. Juni 2026**  
Abstimmungssonntag
  - **27. Juni 2026**  
Delegiertenversammlung FDP Schweiz
  - **29. Juni 2026**  
Delegiertenversammlung FDP Kanton Schwyz
  - **27. August 2026**  
Umwelt- und Wirtschaftsforum Schwyz
  - **19. Sept. 2026**  
Herbstanlass FDP Kanton Schwyz
  - **17. Okt. 2026**  
Delegiertenversammlung FDP Schweiz
  - **20. Oktober 2026**  
Delegiertenversammlung FDP Kanton Schwyz
- Bitte beachten sie: Allfällige Terminanpassungen werden auf unserer Homepage unter [www.fdp-sz.ch/aktuell/agenda](http://www.fdp-sz.ch/aktuell/agenda) aufgeführt. Weitere Veranstaltungshinweise finden Sie auf den Homepages der Ortsparteien. Aktuelles entnehmen Sie der Homepage: [www.fdp-sz.ch](http://www.fdp-sz.ch)**



# Bauen im Grundwasser

Was läuft hier schief?

Seit einem Jahr sorgt im Kanton Schwyz die neue Praxis bei Einbauten ins Grundwasser für Ärger. Tiefgaragen und Technikräume werden vielerorts kaum mehr bewilligt. Die Folgen: weniger Wohnraum, mehr Beton an der Oberfläche und vor allem grosses Unverständnis.

Die Umweltgesetzgebung des Bundes hält fest: Einbauten ins Grundwasser sind untersagt. Ausnahmen sind jedoch möglich, sofern der Durchfluss um weniger als 10 Prozent reduziert wird gegenüber dem Zustand ohne Gebäude. Voraussetzung dafür ist eine Interessenabwägung zwischen dem geplanten Einbau und dem Grundwasserschutz.

Diese Abwägung wurde bei einer Baubewilligung in Lachen SZ nicht ausreichend durchgeführt, wie das Bundesgericht im Jahr 2021 entschied. Wichtig dabei: Das Bundesgericht urteilte nicht, dass der Einbau unzulässig gewesen wäre. Es stellte lediglich fest, dass die Begründung der Interessenabwägung ungenügend war. Das Bundesamt für Umwelt (Bafu) erachtete den Einbau im Übrigen als bewilligungsfähig.

## Das unglückliche Schreiben des AfU

Im Mai 2025 verschickte das kantonale Amt für Umwelt (AfU) ein Schreiben an Architektur- und Geologiebüros. Darin wurde unter Verweis auf das Bundesgerichtsurteil festgehalten, dass Einbauten ins Grundwasser künftig nur noch in ganz wenigen Ausnahmefällen möglich seien. Rasch zeigte sich die Tragweite dieser neuen Praxis: Private Bauprojekte mit Tiefgaragen im Grundwasser sind kaum noch möglich. Die Konsequenz: In vielen Regionen (March, Höfe, Einsiedeln, Schwyz) müssen Parkplätze und Technikräume oberirdisch realisiert werden. Das kostet Wohnraum und Grünflächen,

ohne den Grundwasserschutz massgeblich zu verbessern.

## Die FDP reagiert

Diese Entwicklung rief die kantonale Politik auf den Plan. Die FDP reichte unter Führung von Kantonsrat Willi Kälin und dem Schreibenden selbst das Postulat «Bauen im Grundwasser weiterhin ermöglichen» mit Unterstützung aus Kreisen der SVP und der Mitte ein. Entgegen dem Antrag der Regierung erklärte der Kantonsrat das Postulat in der September-Session 2025 für dringlich und erheblich. Damit erhielt der Regierungsrat den klaren Auftrag, aufzuzeigen, wie Bauten im Grundwasser weiterhin ermöglicht werden können.

## Ein Merkblatt macht es schlimmer

Das politische Signal hätte deutlicher kaum sein können: Gefordert war ein rascher Richtungswechsel. Doch über Monate blieb eine Reaktion aus. Erst auf Nachfrage in der Februar-Session 2026 veröffentlichte das AfU ein Merkblatt – allerdings mit gegenteiligem Effekt: Statt Klarheit und Erleichterung brachte es zusätzliche Einschränkungen, teilweise sogar strengere Vorgaben als jene von «Umwelt Zentralschweiz».

## Der Kern der Bewilligungsblockade

Ein Gespräch mit dem AfU zeigte, wo der Kern des Problems liegt: Das Schwyzer Verwaltungsgericht legt das bundesrechtliche Verbot von Ein-

bauten streng aus. Das AfU selbst würde offenbar grosszügiger bewilligen, wird jedoch regelmässig durch das Verwaltungsgericht korrigiert.

## Ein Strohalm

Im Bericht «Entscheiden 2022 der Gerichts- und Verwaltungsbehörden» entdeckte Kantonsrat Willi Kälin einen bemerkenswerten Hinweis: «Weder das Gesetz noch die Verordnung präzisieren die Kriterien ausdrücklich, nach denen sich die zuständige Behörde bei der Erteilung von Ausnahmbewilligungen [...] zu richten hat.» Wir nahmen dies zum Anlass, eine kleine Anfrage einzureichen mit der Forderung, die Kriterien klarer zu definieren. Die Antwort der Regierung fiel jedoch ernüchternd aus: Ein verbindlicher Kriterienkatalog würde der Komplexität der Einzelfälle unzureichend Rechnung tragen. Unser Strohalm erwies sich damit leider nicht als tragfähig.

## Wie weiter?

Eine schnelle Lösung ist derzeit nicht in Sicht. Immerhin arbeitet das AfU an einem Konzept zur differenzierten Beurteilung von Grundwasservorkommen. Ob dies in allfälligen Rechtsmittelverfahren Bestand haben wird, bleibt offen. Klar ist: Das Thema wird Politik, Behörden und Bauwirtschaft auch in Zukunft noch beschäftigen.



**Reto Keller,**  
Kantonsrat



Im Februar 2026 befasste sich der Kantonsrat mit den hiesigen Stiftungen. In der Vergangenheit liess der Kanton grosses Potenzial liegen. Durch einen Vorstoss aus der FDP-Fraktion wird sich dies inskünftig ändern und der Stiftungsstandort Schwyz gestärkt.

Stiftungen sind die unterschätzten Helden. Ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung ist in der Schweiz gross: Die knapp 14 000 Stiftungen mit einem Vermögen von rund 140 Milliarden Franken fördern Bildung, Wissenschaft, Kultur und soziales Engagement. Insbesondere in den Bereichen Innovation und Forschung spielen Stiftungen eine zunehmend wichtigere Rolle. Neben der klassischen Fördertätigkeit verstehen sie sich immer mehr als Innovations- und Experimentierförderinnen. Sie ermöglichen als Risikokapitalgeberinnen neue Lösungen und sind wichtige Brückenbauerinnen für wirtschaftliche Entwicklungen. Eindrücklich ist auch der fiskalpolitische Mehrwert, den Stiftungen schaffen. Hinzu kommt, dass durch Beschäftigung und Inanspruchnahme von Dienstleistungen zusätzliche Wertschöpfung vor Ort kreiert wird. Kantone würden damit auf mehreren Ebenen von Stiftungen deutlich profitieren. Erkenntnisse, die auch durch die 2019 von PwC und SwissFoundations publizierte Studie «Stiftungen – Ein gutes Geschäft für die Gesellschaft» bestätigt werden.

Der Kanton Schwyz hätte somit viel zu gewinnen, würde er den Stiftungssektor bewusster und stärker fördern. Dennoch interessierte sich die Politik in unserem Kanton bis anhin zu wenig für Stiftungen. Der Kanton Schwyz liegt im Vergleich zur restlichen Schweiz am hinteren Ende der Stiftungsdichte und verfolgt keine aktive Stiftungsansiedlungsstrategie, was der erwähnten Bedeutung nicht gerecht wird.

Diesen Mangel galt es aus liberaler Sicht zu beheben, weshalb sieben FDP-Kantonsräte im Mai 2025 das Postulat «Zukunftsgerichtete Stärkung des Stiftungsstandortes Schwyz» eingereicht haben. Um Stiftungen anzuziehen, soll der Kanton Schwyz eine Strategie ausarbeiten, attraktive Rahmenbedingungen bieten und ein aktives Standortmarketing betreiben. Konkret soll der Kanton Schwyz den Stiftungsstandort stärken. Kernstück wäre eine Reform der Steuerpraxis: Neu sollen Stiftungsrätinnen und Stiftungsräte von gemeinnützigen Stiftungen angemessen entschädigt werden können und gemeinnützige Stiftungen sollen auch unternehmerische Fördermodelle anwenden kön-

nen. Das Steueramt soll zudem seine Praxis zur Steuerbefreiung für gemeinnützige Stiftungen anpassen. Damit würde der Kanton einen grossen Beitrag zur Stärkung des Stiftungsstandortes Schwyz leisten. Im Weiteren bieten sich zur Förderung von Stiftungen auch verschiedene Wirtschaftsförderungsmassnahmen an. Damit liessen sich die Vernetzung von Stiftungen mit der Wirtschaft, die Zusammenarbeit und Kommunikation mit den Behörden und eine publikumswirksame Öffentlichkeitsarbeit von Stiftungen gezielt und nachhaltig unterstützen.

In seiner Antwort anerkannte auch der Regierungsrat den Handlungsbedarf zur Stärkung der Stiftungen im Kanton Schwyz. Der Kantonsrat, der an der Session vom 11. Februar 2026 das Postulat ohne Gegenstimme guthiess, sah das auch so – ein Meilenstein für den hiesigen Stiftungsstandort.



**Thomas Grieder,**  
Kantonsrat

# «Ein breit aufgestellter Verein ist die Basis für echten Einfluss»

Schwyzler Freisinn – Interview

Niklaus Schwerzmann hat in diesem Frühling das Präsidium der Jungfreisinnigen Kanton Schwyz von Fabian Ab Yberg übernommen. Der 17-jährige Immenseer absolviert derzeit eine Lehre als Zeichner EFZ Fachrichtung Architektur und engagiert sich mit grosser Überzeugung für Freiheit, Eigenverantwortung und eine starke liberale Stimme im Kanton Schwyz. Im Gespräch mit Nico Lalli stellt sich der neue Präsident den Mitgliedern der FDP Schwyz vor.



**Niklaus, du hast in diesem Frühling das Präsidium der Jungfreisinnigen Schwyz von Fabian Ab Yberg übernommen. Wer bist du – und was sollten die Mitglieder der FDP Schwyz über dich wissen?**

Ich bin 17 Jahre alt, in Immensee aufgewachsen und wohne auch heute noch dort. Zurzeit bin ich im dritten Lehrjahr als Zeichner EFZ Fachrichtung Architektur bei der Axess Architekten AG in Zug und mache parallel dazu die Berufsmatura. Neben der Politik bin ich gerne draussen unterwegs: Im Sommer zieht es mich an den See, im Winter auf die Skipiste. Ausserdem gehe ich gerne golfen, weil ich dabei die Ruhe und die Zeit in der Natur sehr schätze. Und natürlich unternehme ich gerne etwas mit Freunden. Nebenbei bin ich auch noch als Hauswart tätig.

**Du bist noch sehr jung und übernimmst bereits Verantwortung in einer politischen Jungpartei. Warum engagierst du dich bei den Jungfreisinnigen?**

Politik hat mich schon immer interessiert. Mir ist wichtig, dass sich gerade junge Menschen aktiv einbringen und nicht einfach nur zuschauen. Ich bin überzeugt, dass eine Politik, die auf Eigenverantwortung, Freiheit und unternehmerischem Denken basiert, die Schweiz auch in Zukunft erfolgreich macht. Genau deshalb habe ich mich entschieden, den Jungfreisinnigen beizutreten. Beim JF hat man viele Möglichkeiten, sich einzubringen, sich mit spannenden Themen auseinanderzusetzen und dabei viel zu lernen.

**Welche Werte haben dich zum Freisinn und zu den Liberalen geführt?**

Ich denke, dass ich bereits durch meine Erziehung früh mitbekommen habe, wie wichtig Verantwortung und Freiheit sind. Für mich ist klar: Der Staat soll dem Bürger dienen – nicht umgekehrt. Freiheit ist in den meisten Fällen das beste Mittel zum Erfolg. Ich bin auch überzeugt, dass freisinnige Grundsätze wesentlich zum Erfolg unseres Landes beigetragen haben. Darum



ist es mir wichtig, dass der Freisinn weiterhin eine starke Rolle in der Schweizer Politik spielt und unser Land weiter stärkt.

### Was sind deine Aufgaben als Präsident der Jungfreisinnigen Schwyz?

Als Präsident koordiniere ich die Aktivitäten unserer Sektion und vertrete die Jungfreisinnigen Schwyz gegen aussen. Es geht darum, den JF Schwyz weiterzuentwickeln, sichtbarer zu machen und dafür zu sorgen, dass wir wachsen. Zu meinem Amt gehört auch, verschiedene Anlässe zu besuchen. Das macht mir besonders Freude, weil man sehr viele Leute kennenlernt und sich austauschen kann. Die Aufgaben sind vielseitig und lehrreich, genau das macht das Amt für mich so bereichernd.

### Welche Ziele hast du dir für deine Amtszeit gesetzt?

Im Zentrum steht für mich die Mitgliedergewinnung. Ich möchte, dass sich mehr junge Leute für Politik interessieren und sich auch tatsächlich engagieren. Ich bin überzeugt, dass es im

Kanton Schwyz viele junge Menschen gibt, die man für politische Mitarbeit begeistern kann. Ein breit aufgestellter Verein ist die Basis für echten Einfluss.

Gleichzeitig möchte ich die Sichtbarkeit der Jungfreisinnigen Schwyz stärken. Wir sollen uns noch stärker mit kantonalen Themen beschäftigen, das ist ja der eigentliche Sinn einer Kantonalsektion. Auch im Bereich Social Media sehe ich Potenzial. Mit Videos zu aktuellen Themen und Abstimmungen können wir viele junge Menschen erreichen. Zudem haben die Jungfreisinnigen Schweiz eine Volksinitiative lanciert. Mir ist wichtig, dass wir als Jungfreisinnige Kanton Schwyz einen starken und sichtbaren Beitrag zur Politik in unserem Kanton leisten.

### Wie siehst du die Zusammenarbeit mit der FDP, also mit der sogenannten Mutterpartei?

Ich arbeite sehr gerne mit der FDP zusammen. Ob in der Ortspartei oder in der Kantonalpartei: Man wird gut aufgenommen und kann sehr

vom Austausch profitieren. Ich finde es wichtig, dass sich die Jungfreisinnigen auch in der FDP engagieren. So können wir unsere Ansichten einbringen und dort unterstützen, wo es nötig ist.

Ich bin überzeugt, dass die FDP auch von den Jungfreisinnigen profitieren kann. Wir sind eine sehr engagierte Jungpartei. Und gerade weil wir bei gewissen Themen vielleicht nicht immer exakt gleicher Meinung sind, ist der Austausch umso wichtiger. Nur so können wir dafür sorgen, dass liberale Werte stark bleiben und dass möglichst viele Jungfreisinnige später den Schritt in die FDP machen.

### Du vertrittst die Jungfreisinnigen Schwyz nicht nur kantonal, sondern bist auch eidgenössischer Delegierter. Was bedeutet diese Rolle für dich?

Als Präsident einer Kantonalsektion kann ich mich auf verschiedenen Ebenen einbringen – intern bei der Weiterentwicklung der Sektion und gegen aussen als Vertreter des JF Schwyz. Als eidgenössischer Delegierter kann ich zudem die Stimme der FDP und der Jungfreisinnigen Schwyz auf nationaler Ebene einbringen. Gleichzeitig nehme ich Impulse und Perspektiven von der Bundesebene zurück in den Kanton. Ich hoffe, dass ich den Jungfreisinn im Kanton Schwyz in den kommenden Jahren spürbar stärken und weiterentwickeln kann und dass wir so gemeinsam etwas aufbauen können, das über meine Amtszeit hinaus Bestand hat.

### Wenn du den Mitgliedern der FDP Schwyz eine Botschaft mitgeben könntest: Welche wäre das?

Ich freue mich sehr auf den Austausch mit der FDP Schwyz und ihren Mitgliedern. Die Jungfreisinnigen wollen Verantwortung übernehmen, mitdenken und mitarbeiten. Wir bringen junge Perspektiven ein, teilen aber dieselben liberalen Grundwerte. Wenn Jungpartei und die Mutterpartei gut zusammenarbeiten, profitieren beide Seiten und am Ende auch der Kanton Schwyz.

## Kurzporträt

**Name:** Niklaus Schwerzmann

**Geburtsdatum:** 22. Juni 2008 (17 Jahre)

**Wohnort:** Immensee, Küsnacht am Rigi

**Ausbildung:** 3. Lehrjahr als Zeichner EFZ Fachrichtung Architektur bei der Axess Architekten AG in Zug, parallel Berufsmatura

**Hobbys:** Golf, Ski, See, Freunde treffen

**Politische Ämter:** Präsident Jungfreisinnige Kanton Schwyz; eidgenössischer Delegierter



**Nico Lalli,**  
Geschäftsleitungsmitglied

# FDP

## Die Liberalen

*Wir übernehmen  
Verantwortung!*

**Wahlerfolg für die Schwyzer  
FDP.Die Liberalen**



Die FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz konnte bei den Kommunalwahlen vom 19. April wichtige Erfolge verzeichnen. Es gelang ihr, mit guten Kandidatinnen und Kandidaten wichtige Ämter in den Gemeinden neu zu besetzen und zu verteidigen. Sie schafft damit die Grundlage, um in den nächsten Jahren die erfolgreiche liberale, verantwortungsvolle und freiheitliche Politik in den Gemeinden des Kantons Schwyz fortzuführen.

Die FDP Kanton Schwyz darf auf erfolgreiche Kommunalwahlen zurückblicken. In zahlreichen Gemeinden konnten freisinnige Kandidatinnen und Kandidaten überzeugen, Sitze verteidigen oder neue Verantwortung übernehmen. Das starke Resultat zeigt: Bürgernahe Politik, Verlässlichkeit und liberaler Gestaltungswille finden im Kanton Schwyz breite Unterstützung.

### Neue Gemeindepräsidenten

Die FDP.Die Liberalen konnten im Hauptort Schwyz und in den Gemeinden Wollerau und Feusisberg mit neuen Kandidatinnen und Kandidaten das Gemeindepräsidium verteidigen oder neu besetzen.

### Neu gewählt sind:

Andrea Schelbert in Schwyz  
Franziska Zingg in Wollerau  
Joris van het Reve in Feusisberg

Mit Emil Woodtli in Lachen und Sandra Häusler als Bezirksammann in Gersau konnten zwei Parteimitglieder ihr Amt halten.

### Finanzen in FDP-Händen

Auch die wichtigen Finanzressorts konnte unsere Partei in verschiedenen Bereichen mit neuen Personen verteidigen oder neu besetzen:

### Neu gewählt sind:

Christian Eggimann im Bezirk Höfe  
Ludwig van Segesser im Bezirk Küsnacht  
Daniel Römer in Freienbach  
Markus Kummer in Ingenbohl Brunnen

Zudem besetzen Andreas Kuriger im Bezirk Einsiedeln, René Baggenstos im Bezirk Gersau, Davor Fischer in Altendorf, Marc Jütz in Arth, Ezio Sago in Galgenen, Benno Laimbacher in Schwyz, Edith Bruhin in Vorderthal und Guido Rusch in Wollerau weiterhin das Finanzressort.

Die FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz besetzt damit zwölf Finanzressorts im Kanton Schwyz, was zeigt, dass die Wählerinnen und Wähler in Finanzfragen grosses Vertrauen in unsere Partei und Politik zeigen.

### Gemeinderätinnen und Gemeinderäte

Mit Marcel Lüönd in Ingenbohl-Brunnen und Peter Hess in Küsnacht können zudem zwei neue Exekutivmitglieder durch die FDP.Die Liberalen gestellt werden.

Ebenfalls wiedergewählt wurden Patrick Hutter im Bezirk Höfe, Peter Hess im Bezirk Küsnacht, Bea Lucchini im Bezirk March, Daniel Narath in Feusisberg, Xaver Igloi in Freienbach, Edgar Steiner in Ingenbohl Brunnen, Daniel Heinrich in Lachen, Ivo Tschümperlin in Schwyz, Patrick Rickenbacher-Rüttimann in Steinen, Josef Vogt in Wangen und Pascale Baumgartner in Wollerau.

Dazu kommen unzählige Mitglieder in Rechnungsprüfungskommissionen und weiteren Kommissionen auf Ebene Kanton, Bezirk und Gemeinden, die sich im Sinne des Gemeinwohls und unserer Partei für einen starken, liberalen Kanton Schwyz einsetzen.

Der Vorstand der FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz gratuliert allen Gewählten und dankt allen aktiven Personen für ihren Einsatz.

Sagt Nein zur Chaos-Initiative: Peter Spuhler.



# NEIN zur Chaos-Initiative

Warum die Vorlage kein einziges Problem löst

Am 14. Juni steht mehr auf dem Spiel, als es auf den ersten Blick scheint. Die 10-Millionen-Initiative ist kein Lösungsansatz, sondern sägt am Ast, auf dem wir sitzen. Wer Verantwortung übernimmt, kann dazu nur Nein sagen.

Am 14. Juni stimmt die Schweiz über die Chaos-Initiative ab. Die SVP will damit die Schweizer Bevölkerung starr bei maximal 10 Millionen deckeln – und verspricht, das sei die Lösung für sämtliche Probleme in der Schweiz. Ungeachtet dessen, dass sie 2014 die Ecopop-Initiative mit dem Argument ablehnte, eine «starre Beschränkung der Zuwanderung» schade der Wirtschaft. Näheres Hinsehen lohnt sich also.

Ja, die Schweiz steht vor Herausforderungen, da gibt es nichts schönzureden: Staus, steigende Mieten, punktuelle Überlastung der Infrastruktur, ein wachsendes Unsicher-

heitsgefühl. Diese Probleme spüren wir alle in unserem Alltag. Aber nein, ein starrer Bevölkerungsdeckel ist keine Lösung.

### Initiative fordert Kündigung der Bilateralen mit der EU

Die Initiative würde zentrale Pfeiler unseres Erfolgsmodells untergraben und die bilateralen Verträge samt Personenfreizügigkeit an die Wand fahren. Denn die Initiative fordert glasklar, die Personenfreizügigkeit mit der EU zu kündigen. Das führt automatisch dazu, dass sämtliche bilateralen Verträge mit der EU dahinfallen. Die Bilateralen I würden ausstrahlt.

Die Schweiz müsste das so wichtige Sicherheitssystem Schengen und im Asylbereich das Dublin-Abkommen aufgeben.

### Polizei und Grenzschutz werden blind

Besonders problematisch ist die sicherheitspolitische Dimension. Die Initiative gefährdet die Zusammenarbeit im europäischen Sicherheitsverbund. Ein Wegfall zentraler Instrumente wie des Schengen-Informationssystems würde unsere Polizei und die Grenzschützer faktisch «blind» machen. Der Zugang zu Fahndungsdaten über Gefährder und Kriminelle, den Grenzbeamte oder Polizisten heute in Sekundenbruchteilen von den europäischen Datenbanken abrufen können, wäre eingeschränkt oder ganz weg. Gewalttäter und das organisierte Verbrechen freuen sich, denn ab sofort hätten sie in der Schweiz völlig freie Hand!

Gleichzeitig droht durch den Wegfall bewährter Abkommen eine massive Zunahme von Asylgesuchen. Denn jedes Jahr werden in Europa etwa 400 000 Asylgesuche abgelehnt. Im Dublin-Verfahren kann die Schweiz heute mehr Personen wieder abgeben, als sie aufnehmen muss. Seit 2009 konnte sie über 42 000 Personen wieder zurückschicken – gleich viel wie die Bewohner der Stadt Thun! Mit der Chaos-Initiative wäre das vorbei: Jeder in Europa abgewiesene Asylsuchende könnte in der Schweiz ein neues Gesuch stellen. Bund, Kantone und die Gemeinden wären heillos überfordert. Die Schweiz würde nicht sicherer, sondern verletzlicher und im Asylbereich entbrennt das nackte Chaos.

### Niemand will zurück zu Kontingenten

Ein fixer Deckel in der Verfassung liesse sich faktisch nur über ein rigides Kontingentsystem umsetzen. Die Konsequenz: ein Verteilungskampf um Fachkräfte, der alle gegeneinander ausspielt – Stadt gegen Land, Gesundheitswesen gegen Industrie, KMU gegen Grossunternehmen. Gerade die KMU, das Rückgrat unserer Wirtschaft, würden unter einer solchen Kontingentbürokratie besonders leiden. Hunderte neue Beamte, Tausende Verfahren und massive Rechtsunsicherheit wären die Folge.

Die SVP verspricht scheinheilig, es könnten weiterhin jedes Jahr 40 000 Personen in die Schweiz kommen. Doch heute arbeiten

über 50 000 familienfremde Arbeitskräfte auf den Schweizer Bauernhöfen – 70 Prozent davon aus dem EU-Raum. Allein damit wäre das «Kontingent» der SVP also bereits erschöpft. Wer soll zum Zug kommen? Die Landwirte? Die Gastronomie? Die Baubranche?

Dass zentrale Wirtschaftsakteure sowie breite Teile des Gewerbes klar Nein sagen, kommt nicht von ungefähr. Sie wissen, was auf dem Spiel steht. Peter Spuhler, alt Nationalrat der SVP und Patron von Stadler Rail, ist im Gegensatz zu den meisten seiner Parteikollegen ehrlich: Ihm ist die Initiative «zu extrem» und er weiss, dass die Schweiz auf eine gewisse Zuwanderung schlicht angewiesen ist.

### SVP hat kein Umsetzungskonzept

Wenig überraschend, drückt sich die SVP vor konkreten Ansagen zur Umsetzung ihrer Initiative. Wird durch die Initiative auch nur eine einzige Wohnung zusätzlich gebaut? Ein Verkehrsengpass beseitigt? Ein Einbruch verhindert? Die ehrliche Antwort lautet: NEIN. Die strukturellen Ursachen – etwa langwierige Bewilligungsverfahren, regulatorische Hürden oder politische Blockaden im Wohnungsbau – bleiben unberührt. Statt Lösungen gibt es Symbolpolitik.

Es gibt wirksamere Ansätze: die bessere Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials, gezielte Qualifizierung, höhere Erwerbsbeteiligung und effizientere Rahmenbedin-

## Mehr erfahren:

NEIN zur Chaos-Initiative –  
FDP.Die Liberalen Schweiz



gungen. Eben hat die FDP mit der Individualbesteuerung für eine Reform gesorgt, mit der mehr einheimische Erwerbstätige in den Arbeitsmarkt kommen.

### Nein zum Absägen des eigenen Astes

In einer geopolitisch ohnehin unsicheren Zeit wäre die Annahme der Chaos-Initiative gleichzusetzen mit dem Absägen des Astes, auf dem wir alle sitzen. Die Schweiz lebt von Stabilität, Verlässlichkeit und ihrer engen Einbindung in internationale Strukturen. Das sollten wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Die Chaos-Initiative löst kein einziges der Probleme. Sie verschärft sie vielmehr – wirtschaftlich, sozial und sicherheitspolitisch. Wer Verantwortung übernimmt, kann dieser Vorlage nicht zustimmen. Ein Nein ist kein Ausdruck von Gleichgültigkeit gegenüber bestehenden Herausforderungen, sondern ein Bekenntnis zu wirksamen, realistischen und nachhaltigen Lösungen – so mühsam diese auch errungen werden müssen.

Illustrationen mit Unterstützung von KI erstellt.



Verliert den Durchblick: die Polizei.



Christian Wasserfallen,  
Nationalrat Bern

# Über 100 Frauen und klare Positionen

## GV der FDP Frauen Schweiz in Zürich

Die GV der FDP Frauen Schweiz fand dieses Jahr in Zürich statt. Es ging hoch hinaus: Die Veranstaltung begann im «Clouds», dem Restaurant im 35. Stock des Prime Tower, mit einer trotz Morgennebel grossartigen Aussicht über die Stadt Zürich, den See bis in die Alpen hinein. Über 100 Frauen kamen zusammen, darunter auch Ehrengäste wie die ehemalige Präsidentin der FDP Frauen Schweiz und jetzige Co-Präsidentin der FDP Schweiz NR Susanne Vincenz-Stauffacher. Weiter waren auch die Regierungsrätin Carmen Walker Späh vor Ort, die vor einigen Jahren das Präsidium der FDP Frauen innehatte, sowie der Präsident der Zürcher Freisinnigen Filippo Leutenegger, der Fraktionschef der Zürcher Kantonsräte Claudio Zihlmann, der Zürcher Stadtrat Michael Baumer, der Präsident der FDP Stadt Zürich Përparim Avdili sowie der neu gewählte Präsident des Zürcher Jungfreisinns Mikhail Shalaev. Nach der Begrüssung durch die Präsidentin der FDP Frauen Schweiz NR Bettina Balmer

erfolgte eine Ansprache von Fabienne Farner, Präsidentin der FDP Frauen Kanton Zürich, und dann eine kurze Erklärung zur Stadt Zürich von GR Deborah Wettstein, Präsidentin der FDP Frauen Stadt Zürich. Auch Kaffee, Gipfeli und Geselligkeit kamen beim Empfang nicht zu kurz.

An der GV selbst ging es in den Räumlichkeiten von Deloitte nebst den statutarischen Traktanden auch um die Individualbesteuerung und wie die Mitte mit ihrer Initiative umgeht. Die Präsidentin brachte ihr Erstaunen zum Ausdruck, dass die Mitte respektive in diesem Zusammenhang wohl eher die CVP das Wahlergebnis vom 8. März 2026, das auf den Internationalen Frauentag fiel und damit besondere Symbolkraft erhielt, nicht akzeptiert, obwohl dieses mit 54,3% ein klares Bekenntnis der Bevölkerung zur Individualbesteuerung darstellt. Sie gab sich kämpferisch: «Wir sind davon überzeugt, dass auch die Wählerinnen und Wähler wissen, dass ein System nicht zielführend, sondern unsinnig ist, welches auf der

nationalen Ebene ein Vollsplitting oder wahlweise eine Schattenrechnung vorschlägt und auf der kantonalen Ebene individuell besteuert. Ein solches Konstrukt mit zwei verschiedenen Steuersystemen wäre kompliziert, teuer und sehr bürokratisch.» Die FDP-Frauen hätten ihre Ressourcen gerne für neue Herausforderungen gebündelt, sind aber willens, die Mitte-Initiative mit Blick auf die Abstimmung im Herbst 2026 oder Frühling 2027 zu bekämpfen. Weiter hat sich die Geschäftsleitung der FDP Frauen Schweiz einstimmig gegen die Chaos-Initiative ausgesprochen. Sie wird sich auch zukünftig der Schwerpunktthemen «Vereinbarkeit von Beruf und Familie», «Bildung» und «Sicherheit und häusliche Gewalt» sowie der Gründung von weiteren Sektionen annehmen. Zudem wurde Anna Marty einstimmig in die Geschäftsleitung gewählt.

Nach der GV fand ein gemeinsames Essen im «Puls 5» statt, das den urbanen Charakter des diesjährigen Anlasses unterstrich und wo auch nochmals genügend Zeit vorhanden war für eine gegenseitige Vernetzung bei bester Laune der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Die nächste GV der FDP Frauen Schweiz findet am 22. Mai 2027 in Fribourg statt. Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat sich den Termin vorgemerkt. Es freut uns, wenn sie dann als unser prominentestes Mitglied der FDP-Frauen dabei sein wird. An der diesjährigen DV hat unsere Bundesrätin den Frauen folgenden Gedanken mitgegeben:

«Liebe FDP-Frauen,

Nach einer erfolgreichen Volksabstimmung tagt es sich leichter! Ich gratuliere herzlich zu diesem schönen Erfolg bei der Individualbesteuerung, wünsche Ihnen eine gute Versammlung und danke für Ihr Engagement für die liberale Sache.»

**Bettina Balmer,**  
Nationalrätin und Präsidentin  
FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz



v.l.n.r.: Mikhail Shalaev, Fabienne Farner, Claudio Zihlmann, Filippo Leutenegger, Bettina Balmer, Carmen Walker Späh, Céline Büchel, Deborah Wettstein, Jonas Projer, Sibylla Stoffel-Hahn, Përparim Avdili, Susanne Vincenz-Stauffacher, Fabiana Margadant



Über 100 Frauen, die bereits Spuren hinterlassen haben: ein herzliches Dankeschön an all unsere Mitglieder. Gemeinsam gehen wir die nächsten Schritte und freuen uns auf alles, was kommt.

FDP Schweiz, mithilfe von KI erstellt.



# Radikales Chaos-Experiment

## Was droht den Auslandschweizern?

Könnten wir überhaupt noch in die Schweiz zurückwandern, wenn dort schon 10 Millionen wohnen? Auf diese Frage von Landsleuten im Ausland kann ich jeweils beruhigend antworten. Die Gefahren lauern aber bei einer möglichen Kündigung der Personenfreizügigkeit.

### Rückkehr ungefährdet

Die Niederlassungsfreiheit für Schweizerinnen und Schweizer ist in der Bundesverfassung Art. 24 geregelt. Eine Rückkehr aus dem Ausland ist jederzeit möglich. Daran würde sich auch bei Annahme der Initiative nichts ändern.

Es ist ohnehin nicht mit einer grossen Rückkehrerwelle zu rechnen, zu stark sind die meisten mit ihrem Wohnland verbunden, oft auch mit doppelter Staatsbürgerschaft. Es gibt allerdings Anzeichen, dass die Zahl der Rückkehrer/innen steigt, sei es durch die verschlechterte Sicherheitslage in Krisenregionen oder eine mangelnde gesundheitliche Versorgung. Das wäre ein Thema für einen nächsten «Freisinn»-Artikel.

### Wir wollen keine Zustände wie bei Brexit!

Die Annahme der Chaos-Initiative hätte also keine unmittelbaren Konsequenzen für die Auslandschweizer/innen. Sollte es aber tatsächlich zur Kündigung der Personenfreizügigkeit kommen, sieht es anders aus. Was auf uns zukommen könnte, wissen wir, weil unsere Landsleute im Vereinigten Königreich mit dem Brexit Ende Januar 2020 genau diese Situation schon erlebten. Mit signifikanten Auswirkungen. Damals waren knapp 40 000 Personen betroffen. Diesmal wären es rund eine halbe Million Schweizerinnen und Schweizer, die in EU-Ländern wohnen.

- › Das Aufenthaltsrecht und die Mobilität würden eingeschränkt. Es ist zu hoffen, dass für Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die bereits in der EU leben und arbeiten, eine Lösung gefunden würde, dass sie ihren Aufenthaltsstatus behalten können, analog des «settled-status» bei Brexit. Wer neu umsiedeln möchte, müsste aber auf jeden Fall grössere Hürden nehmen.
- › Für binationale Paare brächte der Wegfall der PFZ-Unsicherheiten und bürokratische Komplikationen bei der Familienzusammenführung.
- › Eine Herausforderung wäre die Koordination der Sozialversicherungssysteme. Neue Abkommen über die soziale Sicherheit müssten ausgehandelt werden, ähnlich wie bei Brexit. Damals ging es um ein Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich, diesmal um Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU.
- › Die automatische Anerkennung von Berufsqualifikationen würde entfallen, was den Zugang zum Arbeitsmarkt in der EU erschwert, auch umgekehrt natürlich.
- › Vor einer ungewissen Zukunft würden auch die Grenzgänger/innen stehen, die vor allem in den Kantonen Genf (rund 90 000 Personen), Basel-Stadt und Baselland (rund 60 000 Personen) und Tessin (knapp 80 000 Personen) die Wirtschaft am Laufen halten

und einen grossen Anteil des Personals im Gesundheitswesen oder im Detailhandel stellen.

- › Nicht zu unterschätzen ist zudem die Signalwirkung. Die Schweiz geniesst international den Ruf eines offenen, verlässlichen und gut vernetzten Landes. Eine restriktivere Haltung gegenüber Zuwanderung könnte dieses Image beeinträchtigen. Auslandschweizer erleben im Alltag, wie wichtig ein positives Bild ihres Heimatlandes ist – sei es im beruflichen Umfeld oder im gesellschaftlichen Leben.

### Die FDP International sagt NEIN

Als Sektion für die Auslandschweizer/innen hat die FDP International ganz klar die NEIN-Parole beschlossen.

Die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» (Nachhaltigkeits-Initiative) beschäftigt auch die Auslandschweizerorganisation und stand an der Frühlingssitzung des Auslandschweizerzerrats, ihres höchsten Organs, prominent auf der Traktandenliste. Im Hinblick auf die gravierenden Konsequenzen für die Auslandschweizer erfolgte der Aufruf zur Ablehnung der Initiative klar.



**Helen Freiermuth,**  
Präsidentin FDP International

# Überparteiliches Komitee lanciert Verwaltungsbremse

Jetzt die Initiative der Jungfreisinnigen unterschreiben!

Am 14. April haben die Jungfreisinnigen Schweiz mit einem überparteilichen Komitee, bestehend aus Vertretern aus FDP, GLP, Mitte und SVP, die Verwaltungsbremse-Initiative lanciert. Die breite Unterstützung unterstreicht einerseits die Notwendigkeit, andererseits aber vielmehr auch die Abstützung des Lösungsansatzes der Initiative.

### Diagnose: Verwaltungswachstum ausser Rand und Band

Allein die zentrale Bundesverwaltung schuf zwischen 2010 und 2024 über 5600 zusätzliche Vollzeitstellen. Noch ausgeprägter fiel das Wachstum bei den Ausgaben für Personal, Berater und externe Dienstleistungen aus: Diese stiegen über jene 14 Jahre insgesamt um 32%. Das ist kein gesundes Wachstum mehr – es ist strukturelles Übergewicht.

Dieses Übergewicht untergräbt zentrale Erfolgsfaktoren des Schweizer Modells. Steigende Löhne und neue Stellen entziehen der Privatwirtschaft Fachkräfte und schwächen die Wertschöpfung. Eine politisch getriebene Bürokratie belastet Bürger und Unternehmen zusehends. Weil das Parlament die nötige Korrektur schuldig bleibt, braucht es die Verwaltungsbremse als Impuls von aussen.

### Lösung: Die Verwaltungsbremse als Reforminstrument für die Schweiz

Konkret fordert unsere Initiative, dass die Personalausgaben der zentralen und dezentralen Bundesverwaltung (inkl. externer Berater) nicht stärker ansteigen dürfen als der Schweizer Medianlohn. Damit sorgt die Kopplung des Personalkostenwachstums an die Löhne der Bevölkerung dafür, dass der aktuelle Stellenbestand des Bundes erhalten bleibt, während weiteres Stellenwachstum sowie übermässige

ge Lohnerhöhungen faktisch unterbunden werden. Will der Bund neue Stellen schaffen oder die Löhne überproportional erhöhen, müsste er dies an einer anderen Stelle im Personalbudget kompensieren.

Der ETH-Bereich sowie die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung sind aufgrund ihrer wichtigen Rolle als Schweizer Erfolgsfaktoren von der Verwaltungsbremse ausgenommen. Zur Bewältigung einer Notlage (wie beispielsweise ein Krieg oder eine Naturkatastrophe) kann die Bundesversammlung eine Wachstumsüberschreitung beschliessen.

### Erhebliche Wirkung als Ergänzung zur Schuldenbremse

Obwohl die Verwaltungsbremse einzig das Kostenwachstum der Personalausgaben begrenzt, lässt sie nicht an Wirkung vermissen. Dies liegt aber mehr am masslosen Wachstum der Bundesverwaltung und weniger an der Schärfe der Bremse. Konkret: Hätte man die Verwaltungsbremse bereits 2010 eingeführt, wären die Personalausgaben der zentralen Bundesverwaltung bis ins Jahr 2024 anstatt um 32% nur um maximal 17% (Medianlohnwachstum) gewachsen. Zwischen 2010 und 2024 entspricht das einem Potenzial zu vermeidender Mehrausgaben von rund 7 Mrd. Schweizer Franken – mehr als drei Gotthardröhren.

Während die Schuldenbremse heute sicherstellt, dass Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht bleiben, untersteht das Verwaltungswachstum heute keinem direkten Balanceinstrument. Das ändert die Verwaltungsbremse. Sie sorgt als Ergänzung zur bewährten Schuldenbremse für Gleichgewicht statt Übergewicht.

### Wie Sie uns unterstützen

Unterschreiben Sie jetzt und unterstützen Sie unsere Kampagne. Unterschriftenbögen sowie weitere Informationen finden Sie unter [www.verwaltungsbremse.ch](http://www.verwaltungsbremse.ch). Ich danke Ihnen vielmals!



**Lucio Sansano,**  
Präsident Initiativkomitee  
Verwaltungsbremse-Initiative

# Anleitung zum Ausfüllen des beiliegenden Unterschriftenbogens

Vielen Dank für Dein Unterstützung

Hier abtrennen und diesen Teil in den Postbriefkasten werfen

## Eidgenössische Volksinitiative «Für ein faires Gleichgewicht zwischen Bundesverwaltung und Bevölkerung (Verwaltungsbremse)»

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es eigenhändig unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung beachtet oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren fälscht, wird nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

Zwingend alle Felder ausfüllen!

Kanton	Postleitzahl	Politische Gemeinde	Name Eigenhändig und möglichst in Blockschrift	Vorname Eigenhändig und möglichst in Blockschrift	Geburtsdatum Tag/Monat/Jahr	Wohnadresse Strasse und Hausnummer	Kampagne finanziell unter- stützen	Informiert bleiben	Eigenhändige Unterschrift	Kontroll- stempel (über lassen)
Bern	3076	Worb					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
			Vera	Müller	06.08.97	Neucengasse 20	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<i>V. Müller</i>	
							<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		

Senden Sie diese Liste bitte teilweise oder vollständig ausgefüllt sofort an: **Allianz Verwaltungsbremse, Postfach 2676, 6210 Sursee**  
Ablauf der Sammelfrist: 14.10.2027

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner noch stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen:  
**Jonas Lüthy**, Postfach 211, 4009 Basel; **Luca Sansano**, Arvenweg 17, 4153 Reinach; **Melanie Radice**, Hans-Hübnerstrasse 38, 4500 Solothurn; **Pauline Blaise**, Levant 138, 1005 Lausanne; **Michael Ueberli**, Industriestrasse 55, 8112 Otelfingen; **Cyril Aellen**, Chemin du Reposol 32, 1255 Vevey; **Martin Bläwile**, Raubbühlstrasse 23b, 8600 Dübendorf; **Severin Brüngger**, Abendstrasse 22, 8200 Schaffhausen; **Thierry Burkart**, Seilerstrasse 10, 5426 Lengnau; **Nico Fankhauser**, Dreiwässerweg 13, 6074 Giswil; **Olivier Feller**, Route de Lausanne 20F, 180 Rolle; **Diana Gutjahr**, Rütlistrasse 29c, 8580 Amriswil; **Camille Hostettler**, Rue du Clos-de-Sierrières 10, 2000 Neuchâtel; **Roger Huber**, Bruchstrasse 35, 8706 Mellen; **Camille Jordan**, Chemin-veux 19, 1902 Evionnaz; **Nicolas Kolty**, Chemin du Missly 11, 1724 Essert; **Karla Lavesio**, Hoffeld 24, 8057 Zurich; **Je Moineaux**, Steingrübweg 11A, 3072 Ostermundigen; **Nathan Nigfili**, St. Joderstrasse 27A, 3930 Viège; **Fabio Regazzi**, Via dei Lupi 1a, 8508 Gordola; **Maia Riniker**, Lindenweg 36, 5034 Suhr; **Gregor Rutz**, Postfach 470, 8702 Zollikon; **Jason Steinhilber**, Obereyfeldweg 25A, 3063 Ittigen; **Alessio Vaninetti**, Eschenstrasse 4, 9032 Engelburg; **Susanne Vincenz-Stauffacher**, Flurstrasse 2, 9030 Aتبwil; **Thomas von Allinen**, Wilmsberg 5, 6037 Root; **Alessia Wehrli**, Via Cangina 14b, 7017 Films-Dorf.

Die unten stehende Stimmsrechtsbescheinigung wird durch das Initiativkomitee eingeholt.

Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende ... (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative stimmberechtigt sind.  
Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)

Ort:	Datum:	Amtsstempel:
Eigenhändige Unterschrift:	Amthliche Eigenschaft:	

- Name und Vorname **müssen handschriftlich** vom Unterzeichnenden ausgefüllt werden. Der Sammler darf dies nicht selber ausfüllen (Ausnahme: Schreibbehinderung).
- Das Geburtsdatum muss **handschriftlich** vom Unterzeichnenden ausgefüllt werden: **TT.MM.JJJJ**
- Adresse muss **vollständig** ausgefüllt werden und absolut korrekt sein.
- Kanton** darf abgekürzt werden, **PLZ** muss leserlich sein, **Politische Gemeinde** muss ausgeschrieben werden (z.B. BE ist keine Gemeinde, sondern der Kanton).  
**Wichtig: Pro Bogen dürfen nur Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aus der selben politischen Gemeinde unterzeichnen.**
- Nur Bögen mit **handschriftlichen Unterschriften** sind gültig. Unterschreiben dürfen in der Schweiz **stimmberchtigte** Personen ab 18 Jahren, auch Auslandschweizer.
- Optional: Hier können Sie angeben, ob Sie die Kampagne finanziell unterstützen und informiert bleiben möchten.
- Diese Felder werden von den Kontrollorganen der Gemeinden ausgefüllt. **Hier darf nichts hineingeschrieben werden.**
- Trennen Sie den Talon ab und werfen Sie ihn in den nächsten Briefkasten. Dafür ist keine Frankierung nötig. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Anleitung zum Ausfüllen des Unterschriftenbogens

# Folgst Du uns bereits auf unseren Kanälen?

Über unsere Social-Media-Kanäle halten wir Dich jederzeit über die aktuellen Geschehnisse und Entscheidungen aus Bundesbern auf dem Laufenden.



@fdp\_schweiz



@fdp.dieliberalen



@fdp\_Liberalen



@FDP.Die Liberalen Schweiz



FDP Schweiz unter Kanälen abonnieren



# Verwaltungsbremse

Eine Chance für den Service public

Die Schweizer Verwaltung wächst unaufhörlich – sowohl in der Zahl der Stellen als auch in den Ausgaben. Doch führt dieses Wachstum tatsächlich zu besserem Service für die Bevölkerung oder schafft es eine ineffiziente Bürokratie? Die von den Jungfreisinnigen vorgeschlagene Verwaltungsbremse liefert eine klare Antwort und zwingt uns, die Strukturen und die Effizienz des öffentlichen Sektors grundlegend zu hinterfragen. Sie fordert nicht nur die Verwaltung heraus, sondern stellt auch uns als Gesellschaft vor die Aufgabe, unsere Erwartungen an den Staat und seine Prioritäten kritisch zu überdenken.

## Effizienz im öffentlichen Sektor – Innovation statt Wachstum

Die Verwaltung in der Schweiz wächst nicht nur in der Zahl der Stellen, sondern auch in ihren Ausgaben. Doch bleibt die zentrale Frage: Führt dieses Wachstum zu einer besseren Versorgung der Bevölkerung oder resultiert es in einer aufgeblähten Bürokratie, die ihre Effizienz zunehmend verliert?

Für mich als Freisinnige ist die Antwort eindeutig: Es geht nicht um mehr Verwaltung, sondern um mehr Innovation. Verwaltung bedeutet oft Stillstand und Wachstumszwang, während echte Innovation den öffentlichen Sektor effizienter, flexibler und zielgerichteter machen kann. Der Service public hat zweifellos eine zentrale Bedeutung für die Gesellschaft, doch die Verwaltung muss sich ständig der Frage stellen, wie sie ihre Aufgaben effizienter erfüllen kann, ohne sich in bürokratischen Prozessen zu verlieren.

## Das Parlament in der Verantwortung

Dem Parlament kommt in dieser Diskussion eine Schlüsselrolle zu. Es ist verantwortlich für die Sicherstellung der Grundversorgung, muss jedoch auch die Effizienz seiner Entscheidungen hinterfragen. Häufig werden neue Aufgaben geschaffen, ohne deren Auswirkungen auf die Verwaltung und die Effizienz zu prüfen. Jede zusätzliche Aufgabe erhöht den Verwaltungsaufwand und gefährdet die Effizienz. Das Parlament muss daher nicht nur die Notwendigkeit neuer Anforderungen, sondern auch deren Auswirkungen auf die Verwaltung abwägen.

## Verwaltung für die Zukunft – auch eine Frage der Eigenverantwortung

Auch wir als Gesellschaft müssen unseren Anspruch an den Staat neu definieren. Wir fordern einen Service public, der nicht nur leistungsfähig, sondern auch nachhaltig und zukunftsfähig ist. Doch ebenso wichtig ist es, dass wir uns fragen, was wir wirklich vom Staat benötigen. Effizienz im öffentlichen Sektor kann nur dann erreicht werden, wenn wir als Bürger Verantwortung übernehmen und die Verwaltung entlasten, anstatt von ihr alles zu erwarten.

## Die Chance der Verwaltungsbremse – eine zukunftsfähige Verwaltung gestalten

Die Diskussion über die Verwaltungsbremse bietet eine bedeutende Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie der Service public effizienter, nachhaltiger und zukunftsfähiger gestaltet werden kann.

Die Verwaltungsbremse setzt den Fokus auf die Effizienz der Verwaltung und fordert uns he-

raus, die Strukturen des öffentlichen Sektors neu zu denken. Durch die Koppelung der Personalausgaben an das Wachstum des Medianlohns sollen die Ausgaben für Bundespersonal im Einklang mit der allgemeinen Lohnentwicklung begrenzt werden. Dies ermöglicht nicht nur eine Begrenzung des Stellenwachstums, sondern verhindert auch übermässige Lohn erhöhungen.

Ich freue mich auf die Gelegenheit, die Strukturen des öffentlichen Sektors im politischen Diskurs neu zu denken und unsere Erwartungen an den Staat kritisch zu hinterfragen. Es ist an der Zeit, einen Konsens zu finden und den Service public so zu gestalten, dass er den Anforderungen der kommenden Generationen gerecht wird. Die Debatte eröffnet die Möglichkeit, innovative Lösungen zu entwickeln und die Zusammenarbeit zwischen Parlament, Verwaltung und Gesellschaft zu stärken, um eine zukunftsfähige und leistungsstarke Verwaltung zu schaffen. Davon bin ich fest überzeugt.



**Simone Richner,**  
Präsidentin FDP Service Public

# Parolenspiegel

Nationale Abstimmungen vom 14. Juni 2026

## Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 14. Juni 2026

	Antwort
Wollen Sie die <b>Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeitsinitiative)»</b> annehmen?	<b>NEIN</b>

## Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 14. Juni 2026

	Antwort
Wollen Sie die <b>Änderung vom 26. September 2025 des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG)</b> annehmen?	<b>JA</b>

# «Wir wären ohne Schengen schlichtweg blind»

NEIN zur Chaos-Initiative am 14. Juni

Alexander Ott war 36 Jahre lang Chef der Fremdenpolizei Bern. Er ist Experte in Migrationsfragen, Menschenhandel und Strukturkriminalität sowie Co-Präsident des Verbands Schweizerischer Einwohnerdienste. Im Interview erklärt Ott, welche Auswirkungen die Chaos-Initiative auf die innere Sicherheit der Schweiz hätte.

**Herr Ott, Sie haben 36 Jahre bei der Fremdenpolizei gearbeitet. Ist Migration etwas Gutes oder etwas Schlechtes?**

Migration ist weder noch. Migration ist einfach eine Tatsache. Die einen verwerfen die Hände, weil sie Migration grundsätzlich für etwas Schlechtes halten. Die anderen haben den Hang, Migration zu glorifizieren. Beide Sichtweisen muss man korrigieren.

**Sie warnen vor der sogenannten Chaos-Initiative, welche die Bevölkerung in der Schweiz bei 10 Millionen deckeln will. Warum?**

Mir scheint das Risiko zu hoch, dass diese Initiative die bilateralen Verträge gefährdet und die Schweiz vom Schengener Abkommen ausgeschlossen würde. Bei internationalen Fahndungen ist aber gerade dieser Austausch unserer Sicherheitskräfte mit der europäischen Datenbank absolut zentral.

**Was würde ein Wegfall von Schengen konkret bedeuten?**

Ohne das Schengener Informationssystem (SIS) wäre die Schweizer Polizei schlicht blind. Es ist Dreh- und Angelpunkt in der täglichen Fahndungsarbeit, allein 2024 gelangen den Schweizer Behörden damit über 21 000 Fahndungstreffer, rund 55 pro Tag! Ohne den automatisierten Datenaustausch müssten wir wieder per Telefon, Funk oder Fax fahnden – das wäre ein Rückschritt in die polizeiliche Steinzeit. Gewalttäter und das organisierte Verbrechen hätten leichtes Spiel, und die Kontrollen

der Grenzwaache wären viel mühsamer und langwieriger – mit entsprechendem Chaos an den Grenzübergängen.

**Können Sie das an einem Beispiel verdeutlichen?**

Ein echtes Beispiel aus der Ostschweiz: Eine besorgte Mutter meldete sich bei der Polizei, der Expartner habe das gemeinsame Kind entführt. Noch vor Mitternacht ging die Suchmeldung via SIS europaweit raus. Keine 90 Minuten später kontrollierten deutsche Grenzbeamte ein Auto und hatten den Treffer im System. Weniger als sechs Stunden nach dem Notruf hatte die Mutter ihr Kind wieder in den Armen. Ohne SIS wäre ein solches Happy End kaum mehr möglich.

**Welche Rolle spielt die internationale Zusammenarbeit bei organisierter Kriminalität?**

Nehmen wir ein Beispiel aus dem Menschenhandel: Ermittler wissen, dass junge Frauen aus Osteuropa nach Zürich geflogen werden. Dank der Vernetzung mit europäischen Datenbanken können wir die Täter und ihre Buchungsmuster gezielt ins Visier nehmen. Wir können feststellen, ob ein Täter in den vergangenen Monaten bereits mit anderen potenziellen Opfern auf der gleichen Strecke unterwegs war. Nur dank diesen raschen, vernetzten Informationen können wir weitere Opfer identifizieren und sie aus dem Menschenhändlerring befreien. Ohne diese Informationsquelle wären wir auch beim Menschenhandel wirklich blind.



Alexander Ott, Co-Präsident Verband Schweizerischer Einwohnerdienste

**Welche Auswirkungen hätte ein Alleingang der Schweiz im Asylbereich?**

Ein Alleingang würde das Ende der Zusammenarbeit im Rahmen von Dublin bedeuten. Das brächte viel mehr direkte Asylgesuche in der Schweiz und würde das System an die Belastungsgrenze bringen. Das bindet Ressourcen bei den Asylbehörden und belastet massiv die Polizeiarbeit in unseren Kantonen und Gemeinden. Genau diese Polizistinnen und Polizisten fehlen uns dann bei der Kriminalitätsprävention auf der Strasse und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Alltag.

**Sie stimmen also Nein zur Chaos-Initiative am 14. Juni?**

Ich mache eine Risikoabwägung. In der aktuellen fragilen Weltlage wäre das Verlieren eines zentralen Fahndungsregisters zentral, denn wir erhalten in der polizeilichen Zusammenarbeit viel mehr Daten, als wir liefern. Ich bin überzeugt, dass die Schweiz ohne Schengen und Dublin unsicherer wäre.



Michael Schoy,  
Leiter Kampagnen FDP Schweiz

# Sicherheit ist kein Nice-to-have

## Warum die Zivildienst-Revision überfällig ist

Die schleichende Erosion unserer Dienstpflicht gefährdet die Einsatzfähigkeit von Armee und Zivilschutz. Die Revision des Zivildienstgesetzes ist deshalb eine notwendige Korrektur zur Sicherung unserer Verteidigungsfähigkeit.

Die Weltlage hat sich drastisch verändert. Der Ukrainekrieg hat die europäische Friedensordnung erschüttert und das Zeitalter der «Friedensdividende» jäh beendet. Während unsere Nachbarn massiv in ihre Verteidigungsfähigkeit investieren, verharrt die Schweiz im Dornröschenschlaf. Eines der drängendsten Probleme dieser sicherheitspolitischen Naivität: der personelle Aderlass unserer Armee.

### Vom Ausnahmedienst zur bequemen Alternative

Der Zivildienst war als Ausnahme für echte Gewissenskonflikte gedacht, ist heute jedoch zur faktischen Wahlfreiheit verkommen. Die Zahlen sind eindeutig: Seit der Abschaffung der Gewissensprüfung 2009 explodierten die Zulassungen von 1632 auf über 7200 im Jahr 2025. Der zeitliche Faktor 1,5 reicht als Korrektiv längst nicht mehr aus, da die längere Dienstdauer durch massive Privilegien wettgemacht wird. Geregelter Arbeitszeiten, freie Wochenenden und das Schlafen im eigenen Bett machen den Zivildienst zur komfortablen Ausweichmöglichkeit gegenüber der anstrengenden Dienstpflicht in der Armee.

### Systemfehler begünstigt Opportunismus

In den letzten 15 Jahren haben sich nicht die Überzeugungen dieser Männer geändert, sondern das System: Es setzt Fehlanreize und lädt

zu Missbrauch ein. Wenn junge Männer erst bei steigender militärischer Belastung oder lockenden Karriereplänen in den Zivildienst wechseln, ist dies kein Gewissensentscheid, sondern Opportunismus. Diese Entwicklung gefährdet unser Milizsystem. Die Dienstpflicht darf kein Wunschkonzert sein, während Tausende Kameraden unter grosser Belastung den Kernauftrag für unsere Sicherheit erfüllen. Bundesrat und Parlament korrigieren nun diese Schwachstelle.

### Zivildienst als Reservoir für Billiglohnkräfte

Es ist schwer zu erklären, wenn kerngesunde Männer Kopierarbeiten verrichten oder Pausenaufsichten machen, während sie in der Armee oder im Zivilschutz als Fachkräfte fehlen. Der Zivildienst ist zum Reservoir für billige Hilfskräfte verkommen. Die Behauptung, «Zivis» linderten den Fachkräftemangel, ist eine Illusion – sie ersetzen keine diplomierten Fachpersonen. Es ist fahrlässig, strukturelle Lücken im Sozialwesen zulasten der Landesverteidigung zu stopfen. Wenn im Ernstfall Cyberspezialisten oder Drohnenpiloten fehlen, nützt ihr vorheriger Einsatz in Museen wenig.

### Wehrgerechtigkeit stärken

Nachdem die Zulassungen um 400 % explodiert sind, will die Vorlage eine moderate Reduktion um rund 40 %. Wer einen glaubhaften Gewis-

senskonflikt hat, dem steht der Ersatzdienst weiterhin offen. Es geht lediglich darum, das System für Opportunisten unattraktiver zu machen und die Wehrgerechtigkeit wiederherzustellen. Es ist eine Frage der Fairness gegenüber jenen Tausenden Milizsoldaten, die ihren Dienst pflichtbewusst leisten, während andere bisher den Weg des geringsten Widerstands wählen konnten.

### Ein Ja für eine sichere Schweiz

Sicherheit ist das Fundament unseres Wohlstands, doch es gibt sie nicht zum Nulltarif. Am 14. Juni entscheiden wir darüber, ob wir unsere Armee und damit unsere Sicherheit ernst nehmen. Die Revision des Zivildienstgesetzes ist die längst überfällige Korrektur eines Systemfehlers. Sie sichert die Bestände unserer Armee und führt den Zivildienst zu seinem ursprünglichen Zweck zurück.



Heinz Theiler,  
Nationalrat Kanton Schwyz

**FDP**  
Die Liberalen

“

Die Chaos-Initiative macht die Schweiz zum blinden Fleck für europaweit gesuchte Kriminelle. Das **lehne ich entschieden ab.**

Petra Gössi  
Ständerätin

”



**CHAOS-INITIATIVE NEIN**

14. JUNI

**FDP**  
Die Liberalen

“

Kriminalität bekämpft man mit internationaler Zusammenarbeit – nicht mit Isolation. Deshalb **lehne ich die Chaos-Initiative entschieden ab.**

Maja Riniker  
Nationalrätin

”



**CHAOS-INITIATIVE NEIN**

14. JUNI

**FDP**  
Die Liberalen

“

Der drohende Rauswurf aus dem Dublin-Asylabkommen bedeutet, dass über 300'000 in der EU abgewiesene Asylbewerber in der Schweiz nochmals ein Gesuch stellen können. Wir wollen kein Asylmagnet werden.

**Nein zum Eigengoal!**

Christian Wasserfallen  
Nationalrat

”



**CHAOS-INITIATIVE NEIN**

14. JUNI

**FDP**  
Die Liberalen

“

Ich will die Schweiz nicht zum Magnet für alle Asylanten in Europa machen. Ich sage **NEIN zur Chaos-Initiative!**

Hans Wicki  
Ständerat

”



**CHAOS-INITIATIVE NEIN**

14. JUNI

# Wie sichert die Schweiz ihre Stromversorgung im Winter?

Der Stromverbrauch in der kalten und dunklen Jahreszeit wird bis 2050 steigen. Gleichzeitig wird die Produktion abnehmen. Die gute Nachricht: Eine verlässliche, emissionsarme und bezahlbare Stromversorgung ist möglich – mit einer klugen Kombination mehrerer Technologien!

Die Axpo Energy Reports zeigen zwei realistische Szenarien auf:

## Szenario 1

Ein ausgewogener Mix aus Wasserkraft, mehr Solar, deutlich mehr Windkraft sowie einigen marktaktiven Gaskraftwerken als flexible Ergänzung. Dazu der Langzeitbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke.

## Szenario 2

Die Schweiz entscheidet sich für zwei neue Kernkraftwerke. Diese koexistieren mit den anderen Technologien: Wasserkraft, mehr Solar, mehr Windkraft sowie marktaktiven Gaskraftwerken.

Scannen Sie hier den QR-Code für die vollständigen Reports:



Erfahren Sie mehr und diskutieren Sie mit.

**Unabhängig davon, welchen Weg die Schweiz letztlich einschlägt, lohnen sich auf jeden Fall vier konkrete Massnahmen:**

- ✓ Bestehende Kernkraftwerke möglichst lange laufen lassen. Das ist die günstigste Art und Weise, der Schweiz Zeit für den Ausbau zu verschaffen.
- ✓ Das Fördersystem mehr auf Winterstrom ausrichten.
- ✓ Den Ausbau der Windkraft beschleunigen.
- ✓ Voraussetzungen für Gaskraftwerke schaffen.

**Faktenbasiert. Ideologiefrei. Transparent.**

Die Axpo Energy Reports sind ein fundierter Beitrag zur Schweizer Energiedebatte. Erstellt wurden sie von über 50 Expertinnen und Experten aus allen Axpo-Geschäftsbereichen, gemeinsam mit der ETH Zürich und dem Paul-Scherrer-Institut. Für alle, die sich informieren und sich in die Diskussion einbringen wollen.